

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 1,40 Mk., monatlich 1,20 Mk.  
 frei ins Haus, vorauszahlung. Einzelne  
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:  
 Monatlich vom Postamt abzugeben  
 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus ge-  
 bracht 1,94 Mk. Unser Anzeigenteil für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 4.— Mk. für das übrige Ausland  
 6,50 Mk. monatlich. Bei langem und  
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— Mk.  
 Wollbestellungen nehmen an Däne-  
 mark, Holland, Venedig, Schweden  
 und die Schweiz. Einzelnan in die  
 10% - Zeitungs-Verkäufe.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Vorwärts“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Nebengedruckte Anzeigenspalte  
 20 Hg. „Reine Anzeigen“, das  
 ist: gedruckte Worte 30 Hg. (zwei-  
 3 Zeilen) 40 Hg., jedes weitere  
 Wort 15 Hg. Einzeilige und  
 Schlußzeilen des ersten Wort  
 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg.  
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für  
 zwei Worte. Feuerungszeitung 30%,  
 Familien-Anzeiger, politische und  
 gesellschaftliche Zeitschriften  
 70 Hg. die Zeile. Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin  
 69, 68, Lindenstraße 3, abgegeben  
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 12. November 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Die preussische Volksregierung gebildet.

## Die Soldaten für Einigkeit!

Zu den erfreulichsten Ereignissen der letzten Tage gehört das immer stärker zutage tretende Verlangen der Soldaten, die sozialistische Einigkeit unter allen Umständen hochzuhalten. Die Soldaten haben Vertrauen zur neuen Regierung, weil sie auf dem Boden der gemeinsamen Arbeit steht, sie haben ebenso starkes Misstrauen gegen jeden und jedes, das die Einigkeit zu gefährden scheint. Vom Geist der militärischen Disziplin, des stumpfen Kadavergehorsams, haben sie sich gründlich befreit, aber der Korpsgeist, die Solidarität, die in Stunden der Gefahr nicht entbehrt werden können, sind um so lebendiger geblieben.

Das kann als gutes, heilbringendes Zeichen begrüßt werden. Sind auch die Arbeiter in ihrer ungeheuren Mehrheit für geschlossenes Handeln, so sind die Soldaten erst jetzt das einigende, ordnende Element. Durch jahrelanges Draußensein dem parteipolitischen Leben im engeren Sinne entfremdet, sind sie doch klar in der Ueberzeugung, daß nur die Ordnung der Freiheit, nur die Ordnung der Demokratie die Lage retten kann.

Sie sehen auch vollkommen ein, daß es das ganze deutsche Volk sein muß, das über die endgültige Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland das letzte entscheidende Wort spricht. Ihr praktischer Sinn sagt ihnen, daß es jetzt auf das Notwendigste ankommt, Frieden zu schließen, die Lebensmittelversorgung zu sichern, die Demobilisation nicht zum Chaos ausarten zu lassen. Auf diesen Gebieten bestehen aber keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialisten der verschiedenen Richtungen, sicher nicht solche grundsätzlicher Art.

Die neue Regierung arbeitet. Sie hat, wie wir schon gestern mitteilen, den Waffenstillstand unterzeichnen müssen, hat aber nachher sofort Schritte unternommen, um die außerordentliche Härte der Bedingungen zu mildern. Dafür stehen ihr nach dem Stande der Dinge nur moralische Mittel zu Gebote, die sie in einem eindringlichen Appell an die Völker zur Anwendung gebracht hat.

Die Soldaten sind aber für brüderliche Einigung nicht nur innerhalb der Grenzen, sondern auch über die verfallenden Schützengräben hinaus. Der letzte Schuß im Weltkrieg ist verhallt. Der Frieden kommt. Und der Wunsch regt sich, daß die Soldaten, die viereinviertel Jahre lang miteinander Kriegen führen mußten, nun auch Frieden miteinander schließen könnten.

Das würde ein wahrer dauernder Frieden der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit sein!

## Einstellung der Feindseligkeiten.

**Amtlich. Großes Hauptquartier, 11. November 1918.**  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
 Bei Abwehr amerikanischer Angriffe östlich der Maas zeichneten sich durch erfolgreiche Gegenstöße das brandenburgische Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 207 unter seinem Kommandeur Oberstleutnant Hennigs und Truppen der 192. sächsischen Infanterie-Division unter Führung des Oberstleutnants v. Zeichau, Kommandeurs des Infanterie-Regiments Nr. 183, besonders aus.

Infolge Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages wurden heute mittag an allen Fronten die Feindseligkeiten eingestellt.  
 Der Erste Generalquartiermeister.  
 Groener.

**Reck, 11. November.** Die dem hiesigen Arbeiter- und Soldatenrat unterstehende Funkstation fung folgendes Funkpruch an:  
 Marschall Foch an die Oberkommandierenden:  
 1. Feindseligkeiten werden an der ganzen Front am 11. November 11 Uhr französischer Zeit eingestellt.  
 2. Alliierten Truppen erhalten bis weiteres Befehl, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichten Linien nicht zu überschreiten.  
 Marschall Foch.

**Haag, 11. November.** (Holländisch Nieuwsbureau.) Aus Paris wird gemeldet: Der Termin für die Räumung ist um 24 Stunden verlängert worden, für das linke Rheinufer um 5 Tage, also im ganzen für diesen Streich auf 31 Tage bestimmt worden.

## Sechsgliedriges politisches Kabinett.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat zu Mitgliedern des politischen Kabinetts für Preußen folgende Genossen ernannt:

Paul Hirsch und Heinrich Stroebel als Vorsitzende, ferner Otto Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann. Ein sechstes Mitglied tritt noch hinzu.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Landwirtschaftsministeriums sind die Genossen Otto Braun und Adolf Hofer, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der inneren Verwaltung die Genossen Paul Hirsch und Emil Eichhorn, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Groß-Berliner Polizei Genosse Eugen Ernst, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Finanzministeriums Genosse Dr. Albert Südekum, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Kultusministeriums die Genossen Adolf Hoffmann und Konrad Haenisch beauftragt.

Die Vervollständigung der Regierung erfolgt baldigt.

## Friedensbedingungen der Entente.

**Amsterdam, 11. November.** Ein Pariser Funkpruch lautet: Die den deutschen Bevollmächtigten überreichte Note enthält auch gewisse Einzelheiten über die Friedensbedingungen. So erklärt der Verband, daß die Befreiung von deutschem Gebiet, abgesehen von Elsaß-Lothringen, nur vorübergehend sein soll. Auch wurden bereits schätzungsweise Zahlen für die zu leistende Entschädigung für Nord-Frankreich, Belgien und die Verheerungen des Unterseebootskrieges genannt. Diese Entschädigung soll nicht nur in Bargeld zu leisten sein, sondern auch in Gestalt von beschlagnahmten Schiffen und zu liefernden Materials berechnet werden.

Erzberger soll erklärt haben, daß Deutschland die Bedingungen wahrscheinlich annehmen werde.

## Der Soldatenrat der deutschen Front.

**Hindenburg und Groener.**

Das Große Hauptquartier hat dem Hamburger Soldatenrat folgendes mitgeteilt: An der Front ist ebenfalls ein Soldatenrat gebildet worden. Die Bildung ist ruhig verlaufen. Der Soldatenrat wird morgen mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg in Verbindung treten und diesem die Forderungen vorlegen.

Der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Generalfeldmarschall Hindenburg und Generalquartiermeister Groener haben den Kölner Arbeiter- und Soldatenrat bitten lassen, eine Vertretung zu einer wichtigen Beratung sofort ins Hauptquartier zu senden. Es sind am Montag früh abgereist aus dem Kölner Arbeiter- und Soldatenrat: Fuchsius, Schulte und Sollmann.

Wie der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat zuverlässig erfährt, hat Hindenburg in einem Telegramm an die neue Regierung sich mit der Armee zu ihrer Verfügung gestellt, um ein Chaos zu vermeiden.

**St. Abold, 11. November.** (Drahtbericht aus dem Hauptquartier der 19. Armee.) Der Soldatenrat des Armeekorpskommandos 19 hat sich am Sonntag konstituiert. Er ist gebildet von Vertretern der Abteilungen und Stäbe des Armeekorpskommandos. Der Soldatenrat stellte folgende Bedingungen:

1. Entwaffnung sämtlicher Offiziere.
2. Sicherung sämtlicher Lebensmittelbestände in den Proviantämtern und in sonstigem militärischen Gebrauchsgegenstand durch Besetzung.
3. Ueberwachung des militärischen Nachrichtenverkehrs durch den Soldatenrat.
4. Die Mitglieder des Soldatenrates sind von jedem Dienst befreit.

Das Oberkommando hat diese Bedingungen angenommen. Die Garnison St. Abold macht mit dem Soldatenrat der 19. Armee gemeinsame Sache.

## Die Ressortminister vorläufig im Amt belassen.

**Amtlich. Berlin, 11. November.** Die Staatssekretäre und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden. Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Uebernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet.  
 Die Reichsregierung.  
 Ebert. Haase.

## Viktor Adler.

**Wien, 11. November.** Genosse Dr. Viktor Adler, der Minister des Aeußern für Deutschösterreich, ist gestorben.

Die sozialistische Internationale betrauert den Tod eines ihrer Besten. Auch wer von der sozialistischen Internationale sehr wenig wußte, kannte doch die Namen Debel, Jaurès und Viktor Adler. Ihr starker Dreiklang löst uns heute noch als eine Friedensverheißung vergangener Zeit.

War Viktor Adler für die Internationale viel, so war er für uns Sozialdemokraten deutscher Zunge noch mehr. So wenig er in der Öffentlichkeit der deutschen Reichspolitik hervortrat, so gab es doch keine schwierige Lage der reichsdeutschen Sozialdemokratie, in der ihr nicht der alt-erprobte, vieljährige Vorkämpfer des österreichischen Proletariats als Berater zur Seite gestanden hätte. Dieser Mann, der aus Herzensbedürfnis seine durchdringende Verstandesschärfe in den Dienst des Sozialismus gestellt hatte, der den deutschen Verhältnissen nahe genug stand, um sie gründlich zu kennen und doch wieder fern genug, um sich von Tageseindrücken und persönlichen Stimmungen nicht mitreißen zu lassen, erfüllte hier eine Mission, von der die Geschichte wenig zu melden wissen wird, deren darum wenigstens heute noch an dieser Stelle mit tiefem Dank gedacht sei.

Was Viktor Adler für die österreichische Arbeiterbewegung war, das löst sich erst recht in wenige Worte kaum zusammenfassen. Der „Doktor“ war ihr Gründer, Führer, Vater: jeder, der in der Bewegung stand, empfand in diesem Lande härterer Gefühlswärme sein Verhältnis zu ihm als etwas Persönliches. Das österreichische Proletariat liebte diesen Mann, der sich mit allem was er war, befaß und konnte, ihm gegeben hatte, der restlos in ihm aufgegangen war, um es in seiner Person wie kein anderer zu verkörpern.

Adler war vielleicht der beste Redner deutscher Sprache. Doch war seine Beredsamkeit nicht von jener Art, die Schöngeistigkeit in Entzücken versetzt, sondern von jener anderen, die fortstreift und zum Handeln anspornt. Mit den Schwierigkeiten eines Sprachfehlers ringend, schien jede seiner Reden ein Befreiungsakt, ein Sieg des Geistes über die Materie, der Ausdruck einer menschlichen Energiequelle von außerordentlicher Kraft.

Auch diese Energie hat die schwersten Probleme des österreichischen Nationalitätenkampfes nicht zu meistern vermocht. Sie zerrissen die österreichische Internationale und stürzten Oesterreich, die ganze Welt in den Krieg. Es kam die Katastrophe des österreichischen Militarismus und der Schuß seines Sohnes Friedrich auf den Ministerpräsidenten Stürgkh. Es schien mehr, als das fränke Herz des Vaters ertragen konnte, er hat es überstanden, weil Pflichtgefühl ihn hielt.

Es kam die Morgenröte des Friedens, der Tag der Befreiung. Adler wurde Minister des Aeußern im neuen Deutschösterreich, das Schicksal schien ihm zu erlauben, an der Erfüllung seines Jugendtraums, der großdeutschen Republik an vorderster Stelle mitzuwirken. Sein Sohn lehrte frei, vom Volk umjubelt, aus dem Hochhaus zurück. Nach so vielem Unglück zuvor, nach so vieler Freude jetzt, kommt die Nachricht von seinem Tod.

Dieser Mann, dessen tiefstes Wesen Güte war, der treu zu den Seinen hielt, durch alle Wechselfälle unwandelbar in Freundschaft blieb und sich aller leidenden Kreatur verbunden fühlte, war von eisalter Härte gegen sich und andere, wo es sich um mehr als um ein Einzelschicksal handelte, um die Partei, die Idee des internationalen Sozialismus. So schleppte er seinen todkranken Körper noch zweimal nach Stockholm, um dort für die Sache des Friedens zu wirken. Von den vielen tiefen und geistreichen Sätzen, die er geprägt hat, sei hier nur einer angeführt, der sein Wesen widerspiegelt: „Wir, die wir für den Sozialismus arbeiten, sind die einzigen Arbeiter, die ein Recht haben, sich ausbeuten zu lassen.“ Im Sinn dieser Worte hat er gelebt und gewirkt bis zur endlichen Erschöpfung.

So gehört Viktor Adler auch zu den Helden, die ge-



fallen sind, getreu sich selbst und seiner großen Sache, getreu bis in den Tod.

Viktor Adler war am 24. Juni 1852 in Prag geboren. Er studierte in Wien Medizin und verlegte sich auf das Spezialfach der Psychiatrie. Er begann sich zugleich für Politik zu interessieren, wurde deutscher Demokrat und in den siebziger Jahren Sozialist. 1883 faßte er den Plan, Gewerkschaften zu werden, daraus wurde aber nichts, und Adler wandte sich endgültig der Politik zu. Die österreichische Partei stand damals, kurz nach ihrer Gründung, wieder im Verfall. Eine gemäßigtere Richtung stand mit einer anarchistischen im Kampfe, die, unbewußt in die Bande des Doppelpiegels verwickelt, vor terroristischen Mitteln nicht zurückwich. Infolgedessen kam 1884 der Ausnahmezustand, das österreichische Sozialistengesetz. Adler bekämpfte den Terrorismus und brachte 1888 die Einigung von Hainfeld zustande, die erste große Tat seines Lebens. Auf die geeinigte Partei gestützt kämpfte er dann gegen die österreichische Polizeiwirtschaft und für das gleiche Wahlrecht, zu welchem Zweck er die „Gleichheit“, später die „Arbeiterzeitung“ begründete, die unter seiner Leitung das beste sozialistische Blatt in deutscher Sprache wurde. Seine Tätigkeit brachte ihn wiederholt ins Gefängnis. 1894 wurde eine Kurie des gleichen Wahlrechts eingeführt, aber bei den ersten Wahlen in Wien fiel Adler durch und erst später gelang es, den längst zum anerkannten Führer gewordenen ins Parlament zu bringen, in dem er sich eine außerordentliche Hochachtung auch der Gegner erwarb. Elf Jahre später hielt das gleiche Wahlrecht in Oesterreich seinen Einzug. Ueber die letzten Jahre seines Lebens unterrichten die vorstehenden Ausführungen.

Der reichsdeutsche Parteivorstand sandte nach Wien folgende Trauerkundgebung:

Unter herzlichstem Beileid zum Tode Eures und unseres Viktor Adler, der seine Kraft bis zum letzten der Sache des Friedens und der Arbeiterklasse opfernd und uns als ein in guten und bösen Tagen gleich treuer Freund und Berater unvergessen bleiben wird.

### Die französischen Sozialisten fordern!

Die französische sozialistische Partei veröffentlicht in der „Humanité“ ein Manifest, in dem unter anderem verlangt wird: Aufhebung des Belagerungszustandes unmittelbar nach Abschluß des Waffenstillstandes, Annahme der Wahlreform, Neuwahlen, Amnestie, besonders für militärische Vergehen, Anwesenheit von Delegierten der Arbeiter auf der Friedenskonferenz und gleichzeitige Tagung des internationalen Sozialistenkongresses.

### Die internierten Hohenzollern.

Nicht nur der ehemalige deutsche Kaiser ist nach Holland entwichen. Wie der Arbeiter- und Soldatenrat am Sonntag mitteilte, sind in Maastricht auch die Kaiserin und der Kronprinz eingetroffen. Sie erwarten dort die Entscheidung der holländischen Regierung über ihre Zulassung in Holland. Des weiteren verlautet in holländischen Blättern, daß sich auch höhere Offiziere im Gefolge des Kaisers befinden. — Inzwischen wird aus zuverlässiger Amsterdamer Quelle gebracht, daß die holländische Regierung die Internierung des Kaisers beschlossen habe. Aus Eindhoven wird gemeldet, daß alle deutschen Offiziere in Begleitung des früheren deutschen Kaisers in Arnheim interniert wurden. Vom deutschen Kaiser soll nicht verlangt werden, daß er sein Ehrenwort gibt. Es wird stillschweigend angenommen, daß er unter dieser moralischen Verpflichtung steht. Es wird ihm einigermaßen Bewegungsfreiheit zugedilligt.

Die holländische Meldung, wonach auch Generalfeldmarschall von Hindenburg in Holland angekommen wäre, beruht auf Unwahrheit. Wolffs Bureau teilt mit: Hindenburg befindet sich im Hauptquartier und steht auf dem Boden der neuen Regierung. Auch das Hauptquartier des Kronprinzen Rupprecht befindet sich auf seinem Posten und ist nicht, wie die Meldung der „Nouvelles“ behauptet, auf der Flucht.

Nach dem Amsterdamer „Maandags Dichterblad“ kam es auf der Fahrt nach dem Bahnhof von Eindhoven zu Demonstrationen von seiten der belgischen Bevölkerung.

### Deutschösterreich Republik und Teil der deutschen Republik.

Der deutschösterreichische Staatsrat hat einen Antrag eingebracht, der in seinen beiden ersten Artikeln lautet: Artikel 1. Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt. Artikel 2. Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der deutschen Republik, sowie die Ausdehnung des Geltungsbereichs von Gesetz und Einrichtungen der deutschen Republik auf Deutschösterreich.

Die Bayern und Baden hat auch Deutschösterreich eine konstituierende Nationalversammlung vorgezogen, die vom ganzen Volke auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählt werden soll. Die Wahlen sind im Januar 1919.

### Die Soldaten für Einigkeit.

In einer Sitzung des Soldatenrats gestern im Reichstags sprach Hauptmann v. Veerfelde unter stürmischem Beifall für Einigkeit. Nach Genosse Ledebour, der erst mit Ausen des Nichttrauens begrüßt wurde, warnte vor der Gründung von Nebenorganisationen die zur Desorganisation führten. Der frühere Kriegsberichterstatter Colin Roth sagte unter stürmischem Beifall: „Wir wollen keine Parteipolitik, Spaltungen führen uns rettungslos ins Chaos. Die Gefahr ist nicht die Reaktion, sondern der Bürgerkrieg. Die ganze Versammlung gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung für die Einigkeit des Sozialismus.“

### Keine Annullierung der Kriegsanleihe.

Berlin, 11. November. In der Provinz wich das Gerücht verbreitet, daß die gegenwärtige Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, die Absicht habe, Kriegsanleihen zu annullieren. Die Regierung legt Wert darauf, diese Gerüchte auf das bestimmteste zu dementieren.

### Ueber zehn Milliarden.

Die neue Kriegsanleihe hat ohne die Feldzeichnungen mehr als zehn Milliarden getragen.

## Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.

Eine Protestnote an Wilson.

Amlich, Berlin, 10. November. Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben worden.

Heute nacht ist folgende Note an den Staatssekretär Lansing nach Washington gesandt worden:

Herr Staatssekretär! Ueberzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden wiederherzustellen. Dieser Friede sollte den Grundsätzen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller streitigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Zwecke haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führen und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle.

Die Deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten.

Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifelten gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten.

Wir müßten die Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Gesinnung erzeugen müßte, die eine Voraussetzung für den Neuaufbau der Völkergemeinschaft bilden und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgt. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vorstehenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Solf.

## Die Thronschmelze in Deutschland

Die deutschen Throne und Thronchen leeren sich einer nach dem andern in solcher Folge: Der Großherzog von Oldenburg ist nach einem Wilhelmshavener Junkpruch abgesetzt worden, und wie aus Sera berichtet wird, hat Kaiserin Elisabeth XXVII. von Rußland eine Linie für sich und sein Haus den Verzicht auf den Thron ausgesprochen. In Hessen hat der Arbeiter- und Soldatenrat am Sonntagabend die Republik ausgerufen und den Großherzog für abgesetzt erklärt.

In sieben Punkten faßt der Darmstädter Arbeiter- und Soldatenrat seine Ansicht zusammen: 1. Der sozialistischen Fraktion der bisherigen Zweiten Kammer wird die Bildung des Ministeriums übertragen. 2. Der von dieser gebildeten Regierung wird aufgetragen, binnen drei Tagen ein Gesetz zur Wahl einer Landesversammlung vorzulegen, das den Grundrissen der Verhältniswahl entspricht. Wahlberechtigt soll jeder großjährige Hesse sein. 3. Großherzog Ernst Ludwig wird abgesetzt und das Großherzogtum als Republik erklärt. 4. Alle Sonderrechte der Domänen verfallen dem Lande. 5. Alle Sonderrechte der Geburt und der Standes werden beseitigt. 6. Sämtliche im Großherzogtum bestehenden Fideikommiss sind aufzulösen. 7. Trennung von Kirche und Staat.

Ein vom Soldatenrat und Wohlfahrtsausschuß in Karlsruhe erlassener Aufruf erklärte: „Die neue Regierung wird in einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hervorgegangenen Nationalversammlung

darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik, für Baden maßgebend werden soll. Ihre Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft ein Bestandteil des Deutschen Reiches bilden. Der Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat drängt aber in der Frage der Staatsform zu schnellerem Entschluß. Er hat am Sonntag früh die Ausrufung der sozialen Republik beschlossen.

Die Verhandlungen über den Thronverzicht des Fürsten von Waldeck und Pyrmont sind gestern durch den Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat nach einer Anfrage beim Kabinettschef in Kassel eingeleitet worden, wie sich der zu der Frage verholte. Der Kabinettschef vertrat die Ansicht, die Erledigung dieser Frage sei Sache des Staatsministeriums und des Landtages. Im übrigen wisse man ja noch nicht, wie sich das Waldecker Volk zur Abdankungsfrage stelle. Mit der Bemerkung, daß eine freiwillige Abdankung aus naheliegenden Gründen zu empfehlen sei, brach der Arbeiter- und Soldatenrat die Erörterung zunächst ab.

Die Revolution triumphiert heute in allen Teilen des Reiches. Aus allen Gauen, von Nord und Süd, von Ost und West liegen Meldungen vor, daß das Militär allenthalben zur Revolution übergetreten ist und mit den Arbeitern gemeinsam die öffentliche Gewalt übernommen hat. Nirgends ist es zu bemerkenswerten Störungen gekommen. Die größte Revolution der Weltgeschichte, der völlige Niederkampf des festesten Militärgebäudes ist in völliger Ordnung und fast ohne Blutvergießen erfolgt. Von der See bis zu den Alpen weht heute die rote Flagge.

Berlin, 10. November. Die deutsche Freiheitsbewegung ist in den westlichen Teilen des Reiches im weiteren Fortschreiten. In Altona, Hildesheim, in allen größeren Städten Schleswigs, in Halberstadt, Duisburg, Essen, Dortmund, Mainz, Selterskirchen, Völsfeld, Kurisch und vielen anderen Orten haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Daraus ist ersichtlich, daß nunmehr auch die westlichen Industriegebiete in die Bewegung hineingezogen worden sind. Auch im Osten entwickeln sich die Dinge. Die Garnison von Ostrowo hat sich der Revolution angeschlossen. Aus der Provinz Brandenburg melden u. a. Trebbin, Verleberg, Jüterbog, aus Schlesien neuerdings Glogau, Gleiwitz, Beuthen und Oppeln die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Auch die oberschlesischen Kohlenreviere haben sich also angeschlossen.

Ferner sind Soldatenräte gebildet worden in Graubenz, Jachowitz, Schmiedberg, Gersitz, Diegnitz, Sprottau, Bentzen, Kofen, Polen, Barchim i. Redden. Ueberall wird mit den Garnisonkommandos verhandelt. Es herrscht Ordnung.

Auch im äußersten Osten hat die Bewegung Wurzel geschlagen. Königsberg, Allenstein, Insterburg, Löben, Posen und andere Städte sind in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte. In Königsberg wurde beschlossen, in den nächsten Tagen eine Abordnung nach Berlin zu schicken, um namentlich bezüglich der Disziplinierungsbeschlüsse zu erhalten. Oberbürgermeister Körte ist abgesetzt, von Gatocki hat sich zur Verfügung des Rates ge-

stellt. Thorn steht seit Sonntag unter Leitung des Arbeiter- und Soldatenrates.

In Landsberg, Sagan und Lübben ist die zivile und militärische Gewalt ohne Zwischenfälle in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte übergegangen.

### Beginn der Waffenablieferung in Bayern.

München, 11. November. In einem Aufruf des Stadtkommandanten wird die Bevölkerung Münchens aufgefordert, sämtliche Waffen und Munition unverzüglich an die Militärbehörde abzuliefern. Am 13. November früh werden Handwuchungen nach Waffen beginnen. Alle Personen, welche nach dem genannten Termin noch im Besitz von Waffen sind, werden unmissverständlich bestraft.

Dr. Heim hat sich, wie der „München-Augsburger Abendzeitung“ gemeldet wird, der neuen bayerischen Regierung als Ernährungsbeitrag zur Verfügung gestellt.

## Der Eindruck der deutschen Revolution im Ausland.

Besorgnisse in den Ententeländern.

Bern, 11. November. (Via Drabitzbericht des „Vorwärts“.)

Ich höre vertraulich, daß die Vorgänge in Deutschland auf englischer und amerikanischer Seite tiefen Eindruck gemacht haben und Rückwirkung in England und Amerika befürchtet wird. Besonders herrscht Furcht vor der Verkündung des Programms, welches die Sozialisierung des wirtschaftlichen Lebens unter Aufrechterhaltung der Ordnung bedeuten würde. In der Schweiz hält die beunruhigte Stimmung über die bolschewistischen Tendenzen im Lande weiter an. Die ententistische Schweizer Presse äußert Besorgnisse wegen der Wahrscheinlichkeit des Uebergreifens der Bewegung nach Italien und Frankreich.

### Die Pflicht der Offiziere.

Berlin, 10. November. Der Kriegsminister und der Unterstaatssekretär Göhre haben folgenden Erlaß an die stellvertretenden Generalkommandos gerichtet:

Im Interesse des Allgemeinwohls muß von jedem Offizier verlangt werden, daß er auch unter den jetzigen Verhältnissen seinen Dienst nach besten Kräften weiter versieht. Die Sicherheit und Ordnung sowie die Volksernährung können nur gewährleistet werden, wenn alle Kräfte hierzu vereinigt werden. Allen Befehlen des stellvertretenden Generalkommandos ist auch weiterhin Folge zu leisten. Ueber Bildung von Soldatenräten folgt Weisung.

### Stört nicht die Kohlenwirtschaft!

Die Kohlenwirtschaft ist ebenso wichtig und gefährdet wie die Lebensmittelwirtschaft. Die Kohlennot wird trotz Abstellung der Kriegswirtschaft unverändert groß bleiben, schon wegen der Verkehrsschwierigkeiten. Die Aufrechterhaltung der Kohlenwirtschaft ist abhängig von dem geordneten Weiterarbeiten der Organisation. Die örtlichen Organe sind: für den Hausbrand die Städte und Kommunalverbände, für Gas, Wasser, Elektrizität und die Kohlenversorgung der Fabriken die Kohlenabteilungen und Elektrizitätsabteilungen bei den bisherigen Kriegsamtsstellen. Diese sind bereits angewiesen, nach Gesichtspunkten der Friedenswirtschaft zu arbeiten.

Die Arbeiter- und Soldatenräte, überhaupt alle durch den Uebergang der Regierungsgewalt in die Hände des Volkes entstandenen politischen Organe werden aufgefordert, in die bestehende Organisation der Kohlenwirtschaft nicht einzugreifen, sondern deren etwa erforderliche Umgestaltung der zentralen Volksregierung zu überlassen. Nur so kann das schwerste Unheil von dem Volke und dem zurückkehrenden Heere abgewendet werden.

Ebert. Haase.

Eine Volkshilfe der Menschlichkeit. Und wird amlich mitgeteilt: Der Soldatenrat in Celle hat dem Kriegsministerium in Rom durch Junkpruch mitteilen lassen, daß die im Gefangenenlager Celle untergebrachten Italiener sich bester Gesundheit erfreuen und den Wunsch haben, daß ihre Angehörigen um sie nicht Sorge zu haben brauchen. Die 4000 italienischen Offiziere des Lagers haben sich am Sonntag dem Celler Soldatenrat unterstellt.

## Letzte Nachrichten.

### Appell der vereinten deutschen Sozialisten.

Berlin, 11. November. Die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien richteten an den Reichstagsabgeordneten Dranitz, Stockholm, folgendes Telegramm:

Werter Genosse! Die neugebildete sozialdemokratische deutsche Regierung hat die Waffenstillstandsbedingungen der Entente angenommen, damit das Blutvergießen nicht um eine Stunde verlängert werde. Wir Sozialisten der beiden bisher getrennten, jetzt in der Friedensarbeit verbundenen sozialdemokratischen Parteien richten einen Appell an die Proletariat in allen Ländern. Was die Führer der Entente gefordert haben, dient zum Teil nicht mehr allein der Sicherung gegen eine Erneuerung der Feindseligkeiten, die ohnehin ausgeschlossen wäre, nachdem die Militärgewalt durch die glänzende Erhebung der revolutionären Arbeiter und Soldaten gestürzt worden ist. Einige der Bedingungen bedrohen vielmehr die physische Existenz des befreiten und friedensbereiten deutschen Volkes. Die Blockade soll fortgesetzt werden, Deutschland soll die Besatzungstruppen der Entente ernähren; es soll aber zugleich einen großen Teil seiner Transportmittel (Lokomotiven, Waggons, Kraftfahrzeuge) ausliefern. Alle diese Transportmittel sind unentbehrlich für den geordneten und schmerzigen Abtransport der Truppen und für die Aufrechterhaltung der Volksernährung. Ihre Wegnahme steigert die Ernährungsbeschwerden in unerträgliche, sie bedroht zahllose Ansduldige, Frauen, Kinder und Kranke unmittelbar mit dem Hungertode.

Der Tag der Freiheit und des Friedens darf nicht der Tag der Tötung von Millionen werden. Die Verständigung und das brüderliche Empfinden der Nationen können nicht zur Wirklichkeit werden, wenn der Empfinden des Kampfes mit den Waffen folgen soll der Hungerkrieg gegen Wehrlose.

Wir rufen die Genossen in den gegen Deutschland verbündeten Ländern auf, ihre Stimme mit den unseren zu vereinen.

An Sie, verehrter Genosse Dranitz, richten wir die Bitte, der Internationale diesen Appell zu übermitteln.

Eduard Bernstein, Oskar Cohn, Karl Kautsky, Hermann Kollmann, Hermann Müller, Wilhelm Pfannkuch.



# Gewerkschaftsbewegung

## Ein Appell der Eisenbahnbeamten- und Arbeiterverbände an alle Eisenbahner, Beamte und Arbeiter.

Berlin, 11. November. Der Bund der Beamten der preussisch-hessischen Staats- und der Reichseisenbahnen, der Deutsche Eisenbahnerverband, der Allgemeine Eisenbahnerverband, der Zentralverband deutscher Eisenbahner, Elberfeld, die Reichsartelle der Staatsangestellten, Elberfeld, und der Verband preussisch-hessischer Lokomotivführer, Arets Berlin, erlassen folgenden Aufruf an alle Eisenbahner, Beamte und Arbeiter:

Zur Sicherung der Volksernährung ist es notwendig, daß der Eisenbahnbetrieb in dem bisherigen Umfange aufrechterhalten bleibt. Wir rufen deshalb in dieser ersten Schicksalsstunde Deutschlands die dringende Mahnung an alle Beamte und Arbeiter des Eisenbahnbetriebes:

**Haltet Ruhe und Ordnung im Betrieb und tut eure Pflicht als Eisenbahner.**

In diesem Sinne macht euren ganzen Einfluß geltend, damit diese Mahnung reiflich zur Durchführung gelangt. Gleichzeitig fählen sich die Organisationen verpflichtet, das dringende Ersuchen an die Verwaltung zu richten, die Verfügungsbefugnis des Personals dadurch zu erhalten und zu fördern, daß sofort geeignete Schritte zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Eisenbahnbediensteten getan werden. Zur Verwirklichung dieser Ziele seien die oben genannten Organisationen ihre ganze Kraft ein. Infolge Betriebsstörungen war es nicht möglich mit dem Deutschen Verkehrs-personalverband, Erg Nürnberg, in Verbindung zu treten.

### An die technisch-industriellen Angestellten Deutschlands!

Die steigenden Unmütigkeiten, die sich in unserem öffentlichen Leben vollziehen, gewinnen auch uns zur Stellungnahme. Es kann nicht Aufgabe unserer Bundes sein, an der Aufrechterhaltung der politischen Staatsordnung mitzuwirken. Der Kampf der deutschen Arbeiterschaft wird aber neben seinen politischen Zielen auch auf wirtschaftlichem Gebiet die Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der bisher entrechteten Arbeitnehmer bringen.

Wir haben stets in wirtschaftlichen Fragen den Gedanken von der Gemeinamkeit aller Arbeitnehmerinteressen vertreten. Daran halten wir fest! In dieser Zeit, die entscheidend ist für unsere zukünftige Stellung im Wirtschaftsleben, müssen auch die technischen Angestellten sich politisch betätigen. Beiseitegehen heißt jetzt sich ausschalten. Wir müssen erwarten, daß jeder in seiner Partei dafür sorgt, daß bei der Neuordnung der Dinge die Interessen der technischen Angestellten mit aller Entschiedenheit gewahrt werden.

Im Strudel der Ereignisse der letzten Wochen hat sich auch mehr denn je gezeigt, daß Selbstschutz und Ordnung zu den Notwendigkeiten des Volkstaates gehören. Die gewerkschaftliche Schulung in den Berufsorganisationen mußte daher gerade in dieser Sturm- und Drangperiode gute Früchte tragen. Bundeskollegen, helft auch weiter mit für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande sorgen.

Angesichts der turmhohen Schwierigkeiten bei der bevorstehenden Heberhebung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft werden aber auch an eure eigene Gewerkschaft Aufgaben von besonderer Tragweite gestellt. Techniker, stärkt daher die gewerkschaftliche Organisation!

### Der Vorstand des Bundes der technisch-industriellen Beamten.

Es wurde ferner beschlossen: Die Angestellten werden aufgefordert, — unbeschadet der politischen Wachverhältnisse — die Aufrechterhaltung bzw. Gründung von Angestellten-Ausschüssen zu fordern, um einen entscheidenden Einfluß auf die Leitung der Betriebe zu gewinnen.

Der Bundesvorstand teilt noch mit, daß er sich dem Volksausschuss zum Schutze gemeinnütziger Einrichtungen zur Verfügung gestellt hat.

### Die Arbeiter der Firma F. Werner A.-G.

Hielten am letzten Montag im Hofe des Betriebes, Lützowstr. 6, eine Betriebsversammlung ab, in der zunächst Jernikow über die erste Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates berichtete. Hierauf verwies Dolling eindringlich auf die Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, sich der politischen Organisation anzuschließen und die Augen offen zu halten, damit etwa einsetzenden gegenrevolutionären Strömungen sofort die Spitze abgebrochen werden könne.

Auf die bei der Firma vorherrschenden ungünstigen Arbeitsbedingungen machte Volter aufmerksam. Eine Beseitigung derselben soll in kurzer Zeit angestrebt werden.

# Groß-Berlin

## Der gestrige Montag

Ist in Berlin im großen und ganzen ruhig verlaufen. Die Schloßfreiheit, der Lustgarten, der Schlossplatz bis zum Marienplatz, der Platz vor dem Zeughaus und vor der Neuen Wache sind noch immer im weiteren Umkreise durch Soldatenketten abgesperrt und für Passanten unzugänglich. Das Viktoria-Café ist von einer Wache von 4 Mann und einem Unteroffizier besetzt. Dort wurden am Sonntag zwei Disziplinare festgenommen. Sie hatten sich mit einer Anzahl Zivilpersonen im Keller versteckt. Man nimmt an, daß diese Disziplinare die Schlüssel aus dem Viktoria-Café abgeben hatten. Zurzeit ist im Viktoria-Café etwas Verdächtigtes nicht mehr zu finden. Im Viktoriahotel, welches bisher die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes beherbergte, war in den Büroräumen alles durcheinandergeworfen, die Schränke ausgeräumt, mehrere Möbelstücke beschädigt, die Spiegel zerbrochen. Der Zustand der Büroräume ließ darauf schließen, daß die Disziplinare der Presseabteilung ihren Dienst am Sonntag mittag in wilder Eile verlassen haben. Die angekommene Post lag noch uneröffnet, darunter u. a. ein Telegramm, aufgenommen von Petersburg, 9. November 2.45 morgens, von der Auslandsbürosstelle Petersburg, angekommen in Berlin am 9. November mittags 1.40 Uhr. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Nach hiesiger Besprechung scheint nunmehr Aussicht, daß wir heute oder morgen mit Kommissionen über Ostasien abfahren. Endgültige Nachrichten nach Eintreffen Schirichens definitiv Entscheidung vorbehalten.“

Das Berliner Straßenbild erhielt durch zahlreiche Kriegsgefangene, die seit Sonntag frei ausgeben dürfen, ein neues Gepräge. Sie wurden vom Publikum vielfach ins Gespräch gezogen, denn Unterhaltungen mit ihnen

gelten nicht mehr als „Landesverräterische Handlungen“. An verschiedenen Stellen der Stadt fanden zwischen Matrosen und russischen und französischen Gefangenen Verbrüderungsszenen statt.

Im Laufe des Nachmittags ist es dann leider doch wieder zu vereinzelt Schießereien der abgesetzten Ordnungstruppen gekommen. Gegen 3 Uhr zogen Matrosen mit Maschinengewehren vom Brandenburger Tor her durch die Linden, als plötzlich Schüsse fielen, die mehrere Matrosen niederjagten. Zwischen 3 und 4 Uhr war die Gegend zwischen der Börse und dem Alten Museum der Schauplatz eines besonders bemerkenswerten Attentats. Straßenpassanten und Fahrgäste der Straßenbahnlinie 54 wurden plötzlich durch Maschinengewehrfeuer beunruhigt. Man schrie nach und entdrückte das Geschütz auf der Kugel des Doms. Zu einem lebhaften Feuerkampf kam es dann noch gegen 5 Uhr am Alexanderplatz. Hier wurde auf Soldaten von den Dächern herab geschossen. Eins der Gebäude wurde im Sturm genommen und, wie eine Lokalkorrespondenz meldet, sollen dort zehn Mitglieder der Jugendwehr dingfest gemacht worden sein.

Aber auch an rührenden Szenen fehlte es innerhalb des Berliner Straßenbildes trotz der harten Zeit nicht gänzlich. Jedem zart empfindenden Menschenfreunde mußte es zu Herzen gehen, wenn er gestern vormittag die Linden passierte und an zahlreichen Fassaden eleganter Geschäftshäuser fleißige Hände in Tätigkeit sah, die im Auftrag der Inhaber die dort angebrachten Hoflieferantenwappen zu entfernen eifrig bemüht waren, um an ihrer Stelle rote Fahnen anzubringen. Es sind das dieselben tüchtigen Geschäftsleute, deren Häuser bei Kaisergeburtstags-Illuminationen am prunkvollsten zu glänzen pflegten und die bei Kriegsbeginn nichts eiligeres zu tun hatten, als alle französischen und englischen Vokabeln aus ihren Firmenschildern zu tilgen. Damals, vor drei Jahren, leidenschaftliche Nationalisten, heute fanatische Befürworter zum internationalen Republikanismus. Geschäft bleibt Geschäft und angesichts solcher rührenden Ueberzeugungstreue bleibt kein Auge trocken!

### Bürger und Bürgerinnen Berlins!

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mit dem heutigen Tage die Verwaltung der Stadt Berlin übernommen.

Der Herr Oberbürgermeister, der Herr Bürgermeister und der Magistrat sowie der Herr Stadtverordnetenpräsident haben erfreulichweise ihr Weiterwirken an den bisherigen Stellen zur Verfügung gestellt. Wir unterzeichnen erwarten mit Bestimmtheit, daß auch die übrigen Beamten und Ehrenbeamten unserer Stadt zur unge störten Aufrechterhaltung der städtischen Wirtschaft in allen ihren Verzweigungen ihre Mitwirkung nicht verweigern werden.

Bürger! Von dem geregelten Fortgang aller Arbeiten im größten Gemeinwesen Deutschlands hängt nicht nur das Geschick der Berliner Bevölkerung, sondern zum nicht geringen Teil auch das Wohl der Bevölkerung im Reich ab.

In eure Hand ist damit die Sicherung der Errungenschaften dieser großen Zeit gelegt.

Stellt alle an diesem Werk mit.

Berlin, den 11. November 1918.

Volkbeauftragte für die Stadt Berlin, Hugo Heimann, Hermann Wehl, Bernhard Brund, Kurt Rosenfeld.

### Neuorganisation des Landespolizeibezirks Berlin.

#### Bekanntmachung.

Im Einverständnis der für die Vororte gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte habe ich die Leitung der Polizei des Landespolizeibezirks Berlin übernommen. Die Zensur und alle die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränkenden Vorschriften sind hiermit aufgehoben. Alle Gast- und Schankwirtschaften haben gleichmäßig um 1/2 12 Uhr abends zu schließen. Alle bisherigen sonstigen gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen bleiben bis auf weiteres in Kraft. Das unbefugte Tragen von Waffen seitens der Zivilbevölkerung ist verboten. Zuwiderhandelnde setzen sich strengster Verstrafung aus. Sämtliche Beamten der Polizei des Landespolizeibezirks Berlin und der Feuerwehren bleiben bis auf weiteres in ihren Ämtern. Ihren Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten. Ich bitte die Groß-Berliner Bevölkerung, im Hinblick auf das eigene Wohl und das Wohl des Ganzen, diese Anordnungen gewissenhaft zu befolgen und dazu beizutragen, daß Sicherheit und Ordnung gewahrt bleiben.

#### Der Arbeiter- und Soldatenrat

gez. Eichhorn.

Volkbeauftragter für die öffentliche Sicherheit.

#### Der Sicherheitsdienst in Groß-Berlin.

Die gesamte Schutzmannschaft von Groß-Berlin einschließlich aller Beamten des inneren Dienstes haben sich heute dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt. Die Leitung des gesamten Sicherheitsdienstes ist in die Hände des Volkskommissars für den öffentlichen Sicherheitsdienst übergegangen. Ruhe und Ordnung werden in kürzester Frist hergestellt sein. Märdern, Rauben, Einbruch, grobe Angriffe auf die persönliche Sicherheit eines jeden Bürgers werden mit sofortiger Ergreifung bestraft. Wir bitten die werktätige Bevölkerung Berlins dringend, abends nach 8 Uhr, möglichst aber schon früher, alle Straßen verlassen zu haben. Kinder sollen tunlichst während des ganzen Tages von den Straßen ferngehalten werden.

#### Der Arbeiter- und Soldatenrat:

J. A.: Der Volkskommissar für öffentliche Sicherheit, Eichhorn.

#### Unverantwortliche Quatrebereien.

Ämlich wird bekanntgegeben: Der Befehl eines angehenden Arbeiter- und Soldatenrates, daß die Offiziere bis 8 Uhr bestimmten Anzug haben müßten, ist völlig zu Unrecht von unverantwortlicher Seite gegeben.

Der Volkskommissar des Arbeiter- und Soldatenrates, Richard Müller, von Beerfelde.

#### Die Kriegsmetal-Attiengesellschaft

Dem Aufrufe des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates folgend, hatten die kaufmännischen und gewerblichen Angestellten der Kriegsmetal-Attiengesellschaft sich am Sonntagvormittag versammelt, um den Arbeiter- und Soldatenrat — 3 Mitglieder — zu wählen. Die Gewählten nahmen Sonntag nachmittags an der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Circus Wank und stellten Montag früh einer inzwischen einberufenen Versammlung des gesamten Personals der AKA ihre Mandate zur Verfügung. Diese Versammlung an der mehr als 2000 Personen teilnahmen, fand unter freiem Himmel im Vordernhof statt. Es wurde auf die Bedeutung der Revolution und auf die Stellung, die die An-

gestellten zu ihrer Festigung und endgültigen Durchführung einzunehmen haben, hingewiesen. Die Ausführungen aller Redner klangen aus in die Losung: Demokratie innerhalb und außerhalb des Betriebes Einberufung der Konstituante, unbedingte Bekämpfung des Terrorismus, ungeführte Ueberführung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses zum Sozialismus. Für die Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen Angestellten und Arbeitgebern wurde der Grundsatzt festgelegt, daß in Zukunft das oberste Prinzip der Wille der Mehrheit der Angestellten sein müsse. Der Arbeiter- und Soldatenrat machte hieron dem Vorstand der Gesellschaft Mitteilung, welcher sich bereit erklärte dieses Prinzip ohne Einschränkung anzuerkennen. Es wurden drei Arbeiterräte definitiv gewählt. Der Montag galt als Revolutionsfeiertag. Die Arbeit wird Dienstag wieder aufgenommen.

### Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres nicht statt.

Genoss, Robert Lampe der erste Redakteur des „Vorwärts“, kann am heutigen Tage auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste unseres Blattes zurückblicken. Seinen Mitarbeitern ein guter Kamerad, den Redaktionen ein unentbehrlicher Helfer, hat er die ereignisvolle Geschichte unseres Blattes miterlebt. Auch in dieser in der großen Zeit bleibt es Herzengespinnst, ihn an dieser Stelle zu grüßen und ihm zu wünschen, daß ihm noch ein langer Wirken in der deutschen Republik unter den siegreichen Fahnen der Partei und ihres Zentralorgans des „Vorwärts“ gegönnt ist!

Die Lebensmittelkarten-Ausgabe für Umlauber irrlich beschaffen. Im Gebäude Schinkelplatz 6 befindet sich in der zweiten Etage die Ausgabe für die Lebensmittelkarten an Umlauber. Gestern sind nun die Fenster der Räume vielfach beschossen worden. Die uns auf das bestimmteste versichert wird, ist uns diesem Hause kein Schuß gefallen. Die irrliche Beschließung der besprochenen Räume gefährdet die ordnungsmäßige Abfertigung der Umlauber auf höchste; sind doch am gestrigen Vormittag nicht weniger denn 5000 Militärpersonen dort mit Lebensmittelkarten versehen worden.

Ueber 10 000 Eisenbahnarbeiter und Angestellte konnten gestern im Circus Wank und an einer anderen Stelle und nahmen einstimmig folgende Resolution an: „Die deutschen Eisenbahner erklären, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung des Verkehrs Sorge zu tragen. Sollten sich gegenrevolutionäre Regungen zeigen, so wird der Verkehr sofort eingestellt werden.“

Beschränkungen im Paketverkehr. Die Annahme von gewöhnlichen, Wert- und dringenden Postpaketen nach den Ober-Postdirektionen Kachen, Arier, Koblenz, Köln, Tübingen, Dortmund, Münster und Witten wird innerhalb dieser Woche bereits für drei Tage (12., 13. und 14. November), ferner nach und in den Bezirken Plog und Stralburg bis auf weiteres eingestellt.

Ein Doppelmord ist im Hause Gerlichstraße 15 verübt worden. Der dort wohnhafte Hofschächler Jos. Erbacher und seine Frau Minna Süders wurden durch Revolverkugeln so schwer verletzt, daß beide im Krankenhaus verstarben. Als Täter soll ein Vol. Kolkel, der vor kurzem einmal 8 Tage bei Erbacher gearbeitet hat, in Betracht kommen. Gestern wurde nichts. Eine Ration mit 20 000 M. wurde nach der Tat vorgefunden und auch von den sonstigen in der Wohnung befindlichen Wertgegenständen nichts.

Charlottenburg, Lebensmittel. Allgemeine Berliner Lebensmittelkarte mit Aufdruck Charlottenburg; Weizengrieff 100 Gr. Abschnitt 70 vom 7. bis 16. zum Preise von 10 Pf. Kunsthonig oder Marmelade 250 Gr. je nach Vorrat auf Abschnitt 75 vom 14. bis 23. November 1918, Kunsthonig zum Preise von 8 Pf. für Paketware und 37 Pf. für Ausdrückware, Marmelade zum Preise von 50 Pf. Zwiebeln 1 Pfund auf Abschnitt 78 zum Pfundpreise von 82 Pf. Rote Nahrungsmittelkarte: Mäuserwaren 1/2 Pfund auf Abschnitt 20 I sowie auf Abschnitt „E“ und „I“ der Berliner Versorgungsliste Abschnitt 196 behält seine Gültigkeit und ist vorzugsweise zu bedienen; auf letzteren Abschnitt darf jedoch nur je 1 Pfund abgegeben werden. Frische See- oder Flussfische je 1 Pfund auf Abschnitt 216 sowie auf Abschnitt „G“ der Berliner Versorgungsliste. Abschnitt 200 behält seine Gültigkeit und ist vorzugsweise zu bedienen. Voraussichtl. 200 Gr. auf Abschnitt 216 vom 8. bis 16. zum Preise von 50 Pf. in den besonders bekanntgemachten Butterschäften. Weiskaffee 10 Pfund auf Abschnitt 211 gemäß Voranmeldung zum Pfundpreise von 12 Pf. Groß-Berliner Nähmittelzulasskarte für Jugendliche mit Aufdruck Charlottenburg; Weizenmehl 100 Gramm auf Abschnitt 21 vom 11. bis 17. zum Preise von 10 Pf. Im November wird einmalig abgegeben: a) an die Kinder bis zu 9 Jahren 1 Pfund Kindergerstemehl; b) an die über 70 Jahre alten Personen 1 Flasche sterilisierte Vollmilch zum Preise von 2.50 M.; c) an die in der zweiten Hälfte der Schwangerschaft befindlichen Frauen 2 Pfund Weizengrieff.

Mariendorf, Verkauf von Käse. Bis Mittwoch erhalten alle Personen, die in den Speisekartenlisten eingetragen sind, je 125 Gramm Käse zum Preise von 2,70 M. je Pfund. Das Kopfstück der laufenden Speisekarten wird gestempelt.

Reinickendorf, Lebensmittel. Auf Abschnitt 22 der Lebensmittelkarte für Jugendliche werden 100 Gramm Ankerbrot abzugeben. Die Anmeldung hat mit in den amtlichen Verkaufsstellen zu erfolgen, und zwar bis einschließl. 13. Der Verkauf findet vom 16. ab statt. Die Preise betragen für 100 Gramm 7 Pf., für 200 Gramm 13 Pf. und für 1 Pfund 33 Pf. Das Brot muß bis einschließl. 22. entnommen werden, wer später kommt, hat kein Anrecht mehr.

Kreis Niederbarnim. Das Landesamt ist gestern von Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats besetzt worden. Der Landrat bleibt in Funktion, doch bedürfen alle seine Verfügungen der Gegenzeichnung der beiden Kommissare Albert Baumeister und Hermann Müller.

### Groß-Berliner Parteinarichten.

Wilmerdorf, Mittwoch, den 13., abends 8 Uhr, Mittagsberberatung bei Schäfer, Brandenburgische Str. 60. Zahlstelle bei Paul Goldberg, Uhlendstr. 70.

Uhlendstr. Die am morgen angekündigte Mitgliederversammlung kann nicht stattfinden; für die spätere Versammlung erfolgt besondere Bekanntmachung.

Banow, Sozialdemokratischer Wahlverein. Heute abend 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Berichtsbros. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Gäste sind willkommen.

### Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Unsere Veranstaltungen im Jugendheim, Lindenstr. 3, wahren in Anbetracht der gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse vorläufig ausfallen. In nächster Zeit findet eine öffentliche Jugendversammlung statt. Einzelheiten werden an dieser Stelle bekanntgegeben, sowie über die Wiederaufnahme der Veranstaltungen. Alle Helfer werden dringend ersucht, zwecks Information sich baldmöglichst bei den Genossen Kluge, SW, Parauer Str. 16, Fröhlich, W, Culmb. 25, Rädiger, N, Lygner Str. 127, zu melden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zunächst ziemlich mild, vorwiegend trübe, mit weiten Regenschauern, später im Westen beginnende neue Aufhellung und Abkühlung.

Verantwortlich für Politik: Erich Kästner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Redaktion für den übrigen Teil: Erich Kästner, Berlin; Verlags-Verlag G. u. S. Berlin, Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.



